



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 21. September 2011
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Torsten Tollebeek (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn: 17:00 Uhr	Ende: 18:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 23/11, 24/11 +NÖ,
25/11, 26/11

(Drucksachenband 162)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0106 Tagesordnung

Der Tagesordnung der heutigen Sitzung werden folgende Sitzungsvorlagen mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit zugesetzt:

11-V-20-0047	Vorlage üpl/apl Ausgaben Stadtkämmerer
11-V-51-0021	Ersatzneubau Kita Schlangenbader Straße
11-V-51-0025	Schaffung Krippenplätze Kita Weiter Platz
11-V-82-0004	Carol-Nachman-Preis
11-F-07-0010/06-V-82-0015	Seebühne am Kurparkweiher

Einstimmig

0107 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 17.08.2011 wird genehmigt.

Einstimmig

Die nachfolgenden Punkte (Beschlussnummern 0108 bis 0114 werden ohne Aussprache abgestimmt:

0108 11-V-20-0049

Investitionscontrolling 2. Quartal 2011

Einstimmig

0109 11-V-20-0057

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2011

Einstimmig

0111 11-V-82-0004

Carol-Nachman-Preis Rechnungslegung 2010

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. September 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

0113 11-V-51-0021

Ersatzneubau der Kindertagesstätte Schlangenbader Straße - Ausführungsvorlage

Enth. Linke&Piraten

0114 11-V-51-0025

Grundsatzvorlage - Schaffung weiterer Krippenplätze in der städtischen Kindertagesstätte St. Veiter Platz

Einstimmig

0115 11-F-07-0011

Einsetzen einer "Projektgruppe IT"

- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 13.09.2011 -

Stv. Bachmann begründet. Er stellt sich keine reine Projektgruppe vor.

Stv. Kienast-Dittrich fragt nach, was die Antrag stellende Fraktion denn unter „qualifiziert“ versteht. IT-ler verstehen darunter sicher etwas anderes, als andere Fachbereiche. Sie hätte gern eine genauere Beschreibung.

Auch Stv. Gerich fragt in dieser Richtung, geht davon aus, dass die Antrag stellende Fraktion eine nähere Beschreibung vornimmt, was lt. Stv. Bachmann die BLW allein nicht kann. Er hofft auf die Unterstützung des Ausschusses, der anderen Fraktionen.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass der Revisionsausschuss eine Arbeits- oder Projektgruppe als Unterausschuss des Revisionsausschusses bilden kann. Aber einen Arbeitskreis mit Teilnehmern aus dem privaten Bereich oder der Verwaltung kann der Ausschuss nicht einrichten; dies müsste das Parlament entscheiden (wie z. B. beim Architektenbeirat).

Er weist dabei darauf hin, dass ursprünglich nach der Kommunalwahl angedacht war, den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration um den Bereich „Netropolitik“ zu erweitern, so dass auch eine Ansiedlung der Projektgruppe dort vorstellbar ist.

In früheren Jahren hat es die EDV-Prüfgruppe gegeben, die nach Gründung von WIVERTIS aufgelöst wurde.

Sollte jetzt eine IT-Projektgruppe beim Revisionsausschuss gebildet werden, so darf diese nur aus Stadtverordneten bestehen, die aber nicht zwangsläufig Ausschussmitglieder sein müssen, sondern Vertretungen sind hier möglich. Ein Vertreter pro vertretener Fraktion wäre nach seiner Auffassung angebracht. Mitarbeiter der Fraktionen können an den Sitzungen ebenfalls teilnehmen.

Man sollte sich vorher darüber im Klaren sein, dass die Projektgruppe auch tagen muss.

Stv. Denne begrüßt grundsätzlich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, fragt aber nach, ob die Arbeitsgruppe permanent oder situativ eingerichtet werden soll.

Lt. Stv. Bachmann sollte die Projektgruppe situativ tagen. Er stellt sich eine Vorsteuerung vor. In der Sitzung selbst sollen dann die Sitzungsvorlagen aufgearbeitet werden.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Gerich ist aus den Ausführungen noch nicht ganz schlau geworden, hält aber die Überlegungen für nicht grundsätzlich verkehrt.

Er beantragt aber, die Einrichtung der Projektgruppe zeitlich zu befristen und nach einem Jahr zu prüfen, ob das Weiterführen sinnvoll ist und ob die Probephase erfolgreich war.

Vors. Tollebeek fasst die Ausführungen wie folgt zu einem Beschlussvorschlag zusammen:

1. Es wird eine „Projektgruppe IT“, die die entsprechenden Vorlagen im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung verfolgt, qualifiziert aufarbeitet und fachlich bewertet, eingesetzt.
2. Die Projektgruppe wird als Arbeitskreis/Unterausschuss des Revisionsausschusses gebildet. Ihr gehört jeweils eine Stadtverordnete / ein Stadtverordneter der im Revisionsausschuss vertretenen Fraktionen an.
3. Die Projektgruppe tagt nach Bedarf.
4. Alle IT-relevanten Sitzungsvorlagen, die nach Durchsicht durch die Geschäftsstelle bei Amt 16 durch den / die Vorsitzende der Projektgruppe für eine Beratung in der Projektgruppe vorgesehen werden, werden möglichst vor dem entsprechenden Sitzungszug in der Projektgruppe behandelt.
5. Die Projektgruppe erarbeitet einen Handlungsvorschlag, der in der nachfolgenden Sitzung dem Revisionsausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird.
6. Sitzungsvorlagen, die die vorgelagerte Sitzung der „Projektgruppe IT“ nicht erreichen, werden ausschließlich im Revisionsausschuss behandelt.
7. Die Projektgruppe wird zunächst probeweise für ein Jahr eingerichtet.
8. Im November 2012 wird der Revisionsausschuss sowohl über den Erfolg als auch über die Fortführung der Arbeit der Projektgruppe diskutieren.
9. Die Fachbereiche der Verwaltung, die die Sitzungsvorlagen erstellt haben, werden zu der Sitzung der Projektgruppe eingeladen.
10. Die Sitzungen finden grundsätzlich im Rathaus statt.
11. Die Fraktionen werden gebeten, der Geschäftsstelle bei Amt 16 bis zum 24.10.2011 mitzuteilen, wer in die Projektgruppe entsandt wird.
12. Der Magistrat ist über die Einrichtung der „Projektgruppe IT“ zu unterrichten.

Einstimmig

0116 10-F-01-0068

Druckerzeugnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der SPD-Fraktion vom 17.08.2010 -

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. September 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der Antrag hat durch die Vorlage des schriftlichen Berichts des Magistrats (Dezernat III) seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0117 **11-A-19-0001**

Sanierung ehemalige Walkmühle - Sachstand

Zu diesem Punkt liegt weder ein schriftlicher Bericht vor, nach ist der Magistrat in der Sitzung vertreten.

Dies wird beschlusstechnische festgehalten und gleichzeitig geht der Auftrag an die Verwaltung, den Magistrat entsprechend anzuschreiben.

Einstimmig

0118 **11-F-01-0001**

Gutachten zu den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.01.2011 -

Auch hier liegt die Beauftragung des dem Ausschuss zur Verfügung gestellten Gutachtens von BrainNet noch nicht vor.

Die Ausschussmitglieder äußern ihren Unmut über dieses Verhalten.

Die Verwaltung (Dezernat II) ist im Ausschuss durch den Referenten vertreten, der auf die ehemalige Zuständigkeit von Dezernat I hinweist.

Die Verstimmung des Ausschusses wird im Beschluss festgehalten und gleichzeitig ergeht auch hier der Auftrag, Dezernat II und I anzuschreiben und die Vorlage der angeforderten Unterlagen anzumahnen.

Einstimmig

0119 **11-V-66-0313**

Laufende Bauprojekte von Amt 66 - Bericht im Revisionsausschuss

Das Tiefbauamt legt einmal jährlich einen Bericht im Ausschuss über die laufenden Bauprojekte vor.

Herr Specht (Tiefbauamt) präsentiert den dem Ausschuss vorab zur Verfügung gestellten Vortrag mittels Power-Point und steht für Rückfragen zur Verfügung.

Der Vortrag ist Bestandteil der Niederschrift. Das Tiefbauamt wird die Berichterstattung im kommenden Jahr fortsetzen.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. September 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Auf den Einwurf von Stv. Göttenauer, die umgedruckte Sitzungsvorlage sei überhaupt nicht lesbar wird auf die bunte Druckvorlage hingewiesen. Außerdem hält das Tiefbauamt den Vortrag heute und hätte vorab gar keine Unterlagen zur Verfügung stellen müssen.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek berichtet Herr Gunkel (Tiefbauamt), dass für Landes- und Bundesstraßen Mittel vom Land und Bund fließen, aber es käme auch darauf an, wo die Straßen liegen und welche Maßnahmen außerdem geplant seien.

Wenn z. B. eine vorab geplante Tiefgarage nicht beschlossen würde, könne man von Seiten des Tiefbauamtes nichts steuern.

Man könne noch detailliertere Unterlagen in kürzeren Zeitabständen vorlegen, aber Monatsberichte hätten zur Folge, dass zu vielen Projekten gar nichts berichtet werden könne. Durch eine größere Auffächerung würde die Darstellung auch zu unübersichtlich, machbar sei das aber durchaus.

Stv. Gerich weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es für den Ausschuss wichtig ist zu wissen, ob sich die Maßnahmen im Budgetrahmen halten.

Stv. Denne fragt nach einer Maßnahme in Biebrich Am Schloßpark, die verschoben wurde.

Herr Gunkel berichtet, dass ELW einen größeren Stichkanal von der Didierstraße aus machen müsse - dadurch sei es notwendig geworden, die Maßnahme nach hinten zu schieben.

Vors. Tollebeek erklärt, dass es eine Aufgabe des Parlaments sei, den Dezernaten Geld zu geben, die Umsetzung aber bei den Dezernaten liege. Für 2012 prognostiziert er, dass der Haushalt sicher erst nach der Sommerpause genehmigt werden wird.

Interessant sei z. B., dass das Hochbauamt zu DM-Zeiten 80 Mio DM für Hochbaumaßnahmen zur Verfügung habe. Heute läge das Hochbauamt mit einem Budget von 40 Mio € genau im gleichen Rahmen, was darauf hindeutet, dass die Verwaltungsstrukturen Einfluss auf den Mittelabfluss haben.

Vors. Tollebeek bedankt sich bei den Mitarbeitern des Tiefbauamtes für den Vortrag.

Einstimmig

0120 **11-V-52-0013**

Sanierung der Kellerskopfhalle in Wiesbaden-Naurod,
3. Bauabschnitt - Ausführungsvorlage

Stv. Rottloff fragt nach Mehrkosten/Restmitteln: In Punkt 4 sei von Einsparungen bei PSP-Elementen die Rede. Er möchte wissen, ob es sich hier um eine Mittelverschiebung handele oder die Maßnahmen schon abgeschlossen seien.

Herr Emmel wird die Antwort dem Amt der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung stellen.

Stv. Göttenauer fragt nach dem Plausibilitätsgutachten, das der Sitzungsvorlage nur als Zusammenfassung beigefügt war.

Auch Stv. Dr. Gretz-Roth vermisst das komplette Gutachten und bittet um Überlassung des gesamten Gutachtens.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. September 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Tollebeek weist auf das bekannte Grundsatzproblem hin, dass bei den Vorplanungen der LHW nicht alle Unwägbarkeiten berücksichtigt werden können, obwohl durch die Einführungen des zweistufigen Verfahrens mittlerweile eine gewisse Planungssicherheit gegeben ist.

Jedes Dezernat würde die Kosten eher nach unten rechnen und lieber mehr als weniger Projekte bauen.

Die Plausibilitätsprüfung sage nach seiner Auffassung nur aus, dass sich die Kosten im Rahmen liegen, nicht mehr und nicht weniger.

Man könne das Problem nur lösen, wenn man Planungskosten beschließen würde und erst nach realistisch ermittelten Kosten die Durchführung der Maßnahme beschließen würden - das mache die LHW aber nicht.

Herr Zenzen weist darauf hin, dass das Plausibilitätsgutachten vom Revisionsamt geprüft worden sei. Für die Plausibilitätsprüfung ständen im Schnitt 5 bis 10.000 € zur Verfügung. Eine komplette Planung wäre deutlich teurer. Für eine komplette Planung wäre aber auch das Zeitfenster zu knapp.

Auf die Nachfrage von Stv. Göttenauer, warum der zuständige Ortsbeirat die Sitzungsvorlage nicht beraten habe, stellt Vors. Tollebeek klar, dass der Ortsbeirat nicht alle Sitzungsvorlagen erhalte, sondern nur die, bei denen er mitbestimmungspflichtig sei.

Einstimmig

0121 11-V-20-0051

Nachtrag zum Beteiligungsbericht 2009 - Berichterstattung zum HSK-Konzern

Stv. Franz fragt nach der Konzernbilanz der letzten 3 Jahre - rd. die Hälfte der Bilanzseite bestünde aus Sonderposten.

Herr Emmel wird die Antwort dazu dem Amt der Stadtverordnetenversammlung schriftlich zur Verfügung stellen.

Einstimmig

0122 11-V-41-0032

Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2010 und Budget 2011

Stv. Bachmann fragt nach, wie es zu verstehen ist, dass von 1985 bis 2010 die Veranstaltungen um 20 % zugenommen haben, aber die Zahl der Besucher zurückgegangen sei. Sind es alles zahlende Besucher, die die Veranstaltungen besuchen?

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass dieses Thema eingehend in den Vorjahren vom Ausschuss geprüft wurde und die Unterlagen sicher beim ehemaligen Stv. Reiß eingesehen werden können.

Stv. Göttenauer wirft ein, dass das Hess. Staatstheater mit 5 % Freikarten sehr gut dastehe.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0123 11-V-07-0013

Ausweitung des suchtpreventiven Angebotes im Kulturpark; Mobiles Kontaktcafe

Stv. Rottloff weist darauf hin, dass es sich bei der Sitzungsvorlage nicht um die Darstellung von Mehrkosten, sondern um eine Maßnahme im Budgetrahmen handelt. Das Kreuzchen sei offensichtlich falsch gesetzt worden.

Stv. Göttenauer fragt nach, wie und wann die Evaluierung geplant sei, zumal das Projekt bis zum Jahresende befristet ist.

Dazu wird das zuständige Dezernat angeschrieben und um Antwort gebeten.

Einstimmig

0124 06-V-82-0015

Seebühne am Kurparkweiher

Die Zukunft der Seebühne ist nach wie vor unklar. Lt. Stv. Gerich steht vielleicht irgendwann eine Verschrottung an.

Einstimmig

0125 11-F-07-0010

Seebühne am Kurparkweiher
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 09.08.2011 -

Der Antrag ist durch die Vorlage des Berichts zu dem vorgenannten Punkt erledigt.

Einstimmig

0126 11-V-20-0047

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Stv. Bachmann fragt nach Kosten für eine Lehrküche (Punkte 17, 22,24).

Herr Emmel wird die Angelegenheit klären.

Vors. Tollebeek weist noch einmal auf die lange geübte Praxis hin, Herrn Emmel vor der Sitzung die entsprechenden Fragen zu übermitteln, damit er bis zur Sitzung die Möglichkeit zur Klärung hat.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0127 **Verschiedenes**

Stv. Gerich verabschiedet Vors. Tollebeek und bedankt sich für die jahrelange Zusammenarbeit.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0110 **11-V-20-0057**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2011

Einstimmig

0112 **11-V-82-0004**

Carol-Nachman-Preis Rechnungslegung 2010

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .10.2011

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba